

Stiftungsurkunde 2019



Art. 1**Name und Sitz**

Unter dem Namen «Pensionskasse der Credit Suisse Group (Schweiz)» besteht eine mit öffentlicher Urkunde vom 26. Januar 1920 errichtete Stiftung im Sinne der Art. 80ff. ZGB, Art. 331 OR sowie Art. 48 Abs. 2 BVG.

Die Stiftung hat ihren Sitz am Domizil der CREDIT SUISSE GROUP AG (nachstehend Firma genannt) in Zürich. Der Stiftungsrat kann den Sitz mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde an einen anderen Ort in der Schweiz verlegen.

Art. 2**Zweck**

Die Stiftung bezweckt die berufliche Vorsorge im Rahmen des BVG und seiner Ausführungsbestimmungen für die Arbeitnehmer/innen der CREDIT SUISSE GROUP AG und der mit dieser wirtschaftlich und finanziell eng verbundenen Firmen sowie für deren Angehörige und Hinterlassene gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod.

Die Stiftung kann über die gesetzlichen Mindestleistungen hinaus weitergehende Vorsorge betreiben, einschliesslich Unterstützungsleistungen in Notlagen, wie bei Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit.

Im Einvernehmen mit der Firma kann durch Beschluss des Stiftungsrates auch das Personal von mit dieser Firma wirtschaftlich oder finanziell eng verbundenen Firmen angeschlossen werden, sofern der Stiftung hierzu die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Anschluss einer verbundenen Firma erfolgt aufgrund einer schriftlichen Anschlussvereinbarung.

Zur Erreichung ihres Zwecks kann die Stiftung Versicherungsverträge abschliessen oder in bestehende Verträge eintreten, wobei sie selbst Versicherungsnehmerin und Begünstigte sein muss.

Aus dem Stiftungsvermögen dürfen ausser zum Zweck der beruflichen Vorsorge keine Leistungen entrichtet werden, zu denen die Arbeitgeber rechtlich verpflichtet sind oder die sie als Entgelt für geleistete Dienste üblicherweise entrichten (z.B. Teuerungs-, Familien- und Kinderzulagen, Gratifikationen usw.).

Art. 3**Reglemente**

Der Stiftungsrat erlässt ein oder mehrere Reglemente über die Finanzierung, die Leistungen, die Organisation, die Verwaltung und die Kontrolle der Stiftung. Er legt darin die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber, Versicherten und Anspruchsberechtigten fest.

Die Reglemente können vom Stiftungsrat unter Wahrung der erworbenen Rechtsansprüche der Destinatäre jederzeit geändert werden.

Die Reglemente und ihre Änderungen sind der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Art. 4**Vermögen**

Das Stiftungsvermögen wird geäuft durch

- a) reglementarische Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beiträge;
- b) eingebrachte Freizügigkeitsleistungen der Versicherten sowie Einkaufssummen der Versicherten und Arbeitgeber;
- c) freiwillige Zuwendungen der Arbeitgeber oder Dritter;
- d) allfällige Überschüsse aus Versicherungsverträgen;
- e) die Erträge des Stiftungsvermögens.

Die Beiträge der Arbeitgeber können aus Mitteln der Stiftung erbracht werden, wenn von den Arbeitgebern vorgängig Beitragsreserven geäuft worden und diese gesondert ausgewiesen sind.

Art. 5**Stiftungsrat**

Der Stiftungsrat besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, welche je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmer bezeichnet werden.

Die Amtsdauer des Stiftungsrats beträgt vier Jahre. Mitglieder, welche mit den angeschlossenen Firmen in einem Arbeitsverhältnis stehen, scheiden aus dem Stiftungsrat aus, sobald kein Arbeitsverhältnis mit einer angeschlossenen Firma mehr besteht. Der Nachfolger tritt in die Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitgliedes ein.

Der Stiftungsrat konstituiert sich selbst. Die Einzelheiten der Verwaltung werden in den Reglementen geregelt. Der Stiftungsrat leitet die Stiftung gemäss Gesetz, Verordnungen, Stiftungsurkunde, Reglementen und den Weisungen der Aufsichtsbehörde.

Der Stiftungsrat vertritt die Stiftung nach aussen, bezeichnet diejenigen Personen, welche die Stiftung rechtsverbindlich vertreten und bestimmt die Art und Weise der Zeichnung.

Der Stiftungsrat kann im Rahmen des Gesetzes einzelne Aufgaben oder Befugnisse an besondere Ausschüsse oder aussenstehende Drittpersonen delegieren.

Art. 6**Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr dauert jeweils vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. Sofern es die Verhältnisse erfordern, kann der Rechnungsabschluss unter Vorbehalt der Zustimmung der Aufsichtsbehörde auf ein anderes Datum verlegt werden.

Art. 7**Revisionsstelle**

Der Stiftungsrat beauftragt eine Revisionsstelle. Diese prüft jährlich insbesondere die Geschäftsführung, das Rechnungswesens und die Vermögensanlage und erstattet jährlich einen schriftlichen Bericht an den Stiftungsrat.

Art. 8**Experte für berufliche Vorsorge**

Der Stiftungsrat beauftragt einen Experten für berufliche Vorsorge. Dieser prüft periodisch insbesondere die finanzielle Sicherheit der Stiftung und die Rechtskonformität der reglementarischen Grundlagen.

Art. 9**Änderung der Urkunde**

Der Stiftungsrat kann im Einverständnis mit der Firma die Stiftungsurkunde gemäss Art. 85, 86 und 86b ZGB ändern. Die Stiftung darf aber der Personalvorsorge nicht entfremdet werden.

Jede Änderung wird der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung unterbreitet.

Art. 10**Rechtsnachfolge, Aufhebung, Liquidation**

Bei Übergang der Firma an eine Rechtsnachfolgerin oder bei Fusion mit einer anderen Firma folgt ihr die Stiftung ohne gegenteiligen Beschluss des Stiftungsrates nach. Die Rechte und Pflichten der Firma gegenüber der Stiftung gehen auf die Rechtsnachfolgerin über.

Bei Auflösung der Firma, von angeschlossenen Firmen oder ihrer Rechtsnachfolger wird die Stiftung ohne gegenteiligen Beschluss des Stiftungsrates weitergeführt. Im Fall der Auflösung der Firma oder deren Rechtsnachfolger geht die Befugnis, die Mitglieder des Stiftungsrates zu bestimmen, auf diesen selbst über.

Im Fall der Aufhebung der Stiftung ist das Stiftungsvermögen in erster Linie zur Sicherstellung der gesetzlichen und reglementarischen Ansprüche der Arbeitnehmer/innen zu verwenden. Ein allfällig verbleibender Rest ist im Rahmen des Stiftungszweckes zu verwenden. Die Liquidation wird durch den letzten Stiftungsrat besorgt, welcher so lange im Amt bleibt, bis sie beendet ist. Vorbehalten bleibt eine anderslautende Anordnung in der Aufhebungsverfügung der Aufsichtsbehörde.

Entfallen die Voraussetzungen für den Anschluss einer Firma, sind die Deckungsmittel und allfällige weitere Ansprüche für die Destinatäre der ausscheidenden Firma verhältnismässig festzustellen und entweder auf eine diesen Destinatären dienende andere Vorsorgeeinrichtung zu übertragen oder individuell sicherzustellen.

Ein Rückfall von Stiftungsmitteln an die Firma, an angeschlossene Firmen oder deren Rechtsnachfolger sowie eine andere Verwendung als zu Zwecken der beruflichen Vorsorge ist ausgeschlossen.

Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde zur Aufhebung und Liquidation der Stiftung bleibt vorbehalten.

Art. 11

Inkrafttreten

Diese Urkunde ersetzt diejenige in der Fassung vom 21. Mai 2012.

Die in der vorliegenden Fassung der Stiftungsurkunde gegenüber dem bisherigen Urkudentext erfolgten Änderungen treten nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde und Eintragung im Handelsregister in Kraft.

Die Aufsichtsbehörde hat die Urkunde mit Verfügung vom 25. April 2019 genehmigt. Die Genehmigung wurde im Handelsregister eingetragen.

Zürich, den 8. Februar 2019

Für den Stiftungsrat:

Philip Hess
Präsident

Thomas Isenschmid
Vizepräsident



PENSIONSASSE DER CREDIT SUISSE GROUP (SCHWEIZ)

JPK

Postfach

8070 Zürich

credit-suisse.com/pensionskasse

Copyright © 2019 Pensionskasse der Credit Suisse Group (Schweiz) und/oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.